

KOMMENTAR

Im Asylwesen warten Mammutaufgaben

Die Zahl der Asylgesuche in der Schweiz ist so tief wie seit langem nicht mehr. Dennoch sind die Probleme nicht gelöst. Die überfällige Reform der europäischen Migrationspolitik ist blockiert. Wer die EU kritisiert, sollte jedoch zuerst vor der eigenen Tür kehren.

Tobias Gafafer 29.8.2019, 05:30 Uhr

In Les Verrières kam es 1871 zu dramatischen Szenen. Damals nahm die Schweiz vorübergehend 88 000 erschöpfte Soldaten auf, nachdem der Internierungsvertrag der französischen Bourbaki-Armee unterzeichnet worden war. 147 Jahre später eröffnete der Bund im Juradorf ein Zentrum für renitente Asylbewerber. An der Grenze zu Frankreich, in sicherer Distanz zum Mittelland, sollten vor allem pöbelnde und betrunkene Männer untergebracht werden, die den Betrieb in den regulären Unterkünften stören.

Doch obwohl Anwohner besorgt waren, blieb es im Zentrum für Problemfälle ruhig. Seit der Eröffnung Ende 2018 beherbergte dieses im Durchschnitt lediglich zwei Personen. Anfang August zog Justizministerin Karin Keller-Sutter (fdp.) die Reissleine – und schloss das Zentrum nach neun Monaten vorläufig.

Die Schliessung ist symptomatisch für die Entwicklung im Schweizer Asylwesen. Die Zahl der neuen Gesuche ist so tief wie seit 11 Jahren nicht mehr. Mit den neuen, beschleunigten Asylverfahren sieht sich der Bund auch für schwierigere Zeiten gewappnet. Der Kontrast zum Wahlkampf von 2015 ist frappant.

SVP fehlt Wahlkampfthema

Die internationale Flüchtlingskrise war damals auf ihrem Höhepunkt, die Migration galt als drängendstes Problem. Zeitweise waren die Behörden

überfordert. Im Zuge des Arabischen Frühlings sorgten renitente Asylsuchende aus Nordafrika fast im Wochenrhythmus für Schlagzeilen. Diese Gemengelage spielte der SVP in die Hände, die bei den Wahlen 2015 ein Rekordresultat erzielte. Im laufenden Wahlkampf aber zieht das Thema Migration kaum. Die Versuche der Partei, es dennoch zu bewirtschaften, wirken verzweifelt.

Nationale Gesetze beeinflussen die Entwicklung der Asylzahlen nur beschränkt. Eine gewisse Rolle spielt die restriktive Schweizer Politik aber durchaus. So verschärfte der Bund noch unter Justizministerin Simonetta Sommaruga (sp). die Praxis gegenüber Asylbewerbern aus Nigeria. Er einigte sich mit Abuja auf eine Migrationspartnerschaft – und behandelt Gesuche aus dem westafrikanischen Land seit 2012 im Schnellverfahren. Inzwischen kommen nur noch wenige Nigerianer in die Schweiz. Stattdessen suchen diese ihr Glück in Deutschland, wo Nigeria zum drittwichtigsten Herkunftsland geworden ist.

Auch die verschärfte Asylpraxis gegenüber Eritrea wirkt sich offenkundig aus. Zwar bleibt es der wichtigste Herkunftsstaat in der Schweiz. Doch bei 85 Prozent der neuen Gesuche handelt es sich mittlerweile um Geburten oder Familienzusammenführungen.

Keller-Sutters harter Kurs

Unter Sommarugas Ägide sank zudem die Zahl der Asylbewerber, die trotz negativem Entscheid in der Schweiz blieben, stark. Die Sozialdemokratin hängt dies nicht an die grosse Glocke, um stramme Genossen nicht vor den Kopf zu stossen. Kaum hatte sie ihr Amt an Keller-Sutter übergeben, brüstete sich das Staatssekretariat für Migration (SEM) aber mit den vollzogenen Wegweisungen.

Die Freisinnige dürfte die Schraube weiter anziehen, wie erste Entscheide zeigen. Vor kurzem beschloss der Bundesrat, dass vorläufig Aufgenommene künftig nicht mehr in ihre Heimat und grundsätzlich auch nicht mehr ins Ausland reisen dürfen. Keller-Sutter setzt damit strikt eine Forderung des Parlaments um, gegen die sich Sommaruga noch gewehrt hatte.

Trotz dieser Politik ist die Schweiz in erster Linie von der internationalen Entwicklung abhängig. Die irreguläre Einwanderung nach Europa geht seit einigen Jahren zurück, unter anderem wegen des Flüchtlingsabkommens der EU mit der Türkei und der Abriegelung der Balkanroute. Zudem profitiert Bern vom besseren Schutz der EU-Aussengrenze und von der restriktiven Politik Italiens. Die Migration von Libyen über das Mittelmeer,

von der die Schweiz früher ebenfalls stark betroffen war, ist weitgehend eingedämmt worden.

Teilweise sind die Methoden jedoch fragwürdig. Das beschämende Spiel um private Rettungsschiffe, denen Rom die Einfahrt in Häfen verwehrt, ist ein Sinnbild für die gescheiterte Migrationspolitik der EU. Die überfällige Reform des Dublin-Systems ist seit Jahren blockiert. Das Klima scheint derart vergiftet, dass es wohl einen Neustart braucht. Nicht einmal eine Koalition der willigen Staaten, die sich an der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligen, kam bis anhin zustande.

Symbolische Geste

Wer in Bern die EU kritisiert, sollte jedoch zuerst vor der eigenen Tür kehren. Die Schweiz zählt nicht zu jenen Ländern, die Italien angeboten haben, auf Rettungsschiffen blockierte Migranten aufzunehmen. Das Justizdepartement erachtet eine symbolische Geste offenkundig als inopportun. Das mag innenpolitisch nachvollziehbar sein, ist aber aussenpolitisch kurzsichtig. Denn die Schweiz profitiert als assoziiertes Mitglied längerfristig vom Dublin-Abkommen. Eine gewisse Lastenverteilung ist in ihrem Interesse.

Vor diesem Hintergrund verfolgte der Bund in den letzten Jahren eine geschickte Politik. Indem die Schweiz eine begrenzte Anzahl sogenannter Relocation-Flüchtlinge aus Italien aufnahm, setzte sie ein Zeichen. Und tat, was die EU gerne zum Standard machen würde. Dies erleichterte die operative Zusammenarbeit mit Rom. Rückführungen von Dublin-Fällen in das Nachbarland funktionieren seit geraumer Zeit gut.

Der Migrationsdruck aus Afrika und dem Nahen Osten bleibt potenziell hoch – Schweizer Asylpraxis hin oder her. Auf dem südlichen Kontinent ist das Bevölkerungswachstum überdurchschnittlich. Hinzu kommen viele Krisenherde. Die Zustände in den Flüchtlingslagern in Libyen sind katastrophal, und in der Türkei wächst der Unmut über die 3,6 Millionen Flüchtlinge aus Syrien. Schlepperbanden finden neue Wege: In letzter Zeit nahm die Zahl der Ankünfte auf Zypern zu. Je nachdem, wie sich die Lage in Libyen entwickelt, könnten rasch wieder mehr Migranten die Mittelmeerroute benutzen.

Die Schweiz muss deshalb auf Schwankungen vorbereitet sein, wie auch die Vergangenheit gezeigt hat. Zwar hat Keller-Sutter Führungsstärke bewiesen, indem sie die Standortsuche für ein zweites Zentrum für renitente Asylsuchende sistiert hat. Das SEM hielt bis vor kurzem an diesem

fest, obwohl bereits Les Verrières nicht ausgelastet war. Das zeigt, wie schwerfällig der Berner Verwaltungsapparat ist. Es wäre aber kurzfristig, nun ebenso die Zahl der regulären Unterkunftsplätze grundlegend infrage zu stellen.

Sozialpolitische Zeitbombe

Trotz den tiefen Gesuchszahlen warten im Schweizer Asylwesen schwierige Aufgaben. Mit den beschleunigten Verfahren und der Integrationsoffensive traten zwar wichtige Projekte in Kraft. Erstens müssen sich diese Investitionen nun aber auszahlen. Allein beim Bund belaufen sich die Asylausgaben mittlerweile auf über zwei Milliarden Franken pro Jahr. Dass ein beträchtlicher Teil der Flüchtlinge jahrelang von Sozialhilfe lebt, ist eine politische und gesellschaftliche Zeitbombe. Zwar gelang es der Schweiz bis anhin besser als anderen Ländern, die grossen Ausländergruppen zu integrieren. Doch namentlich bei Asylsuchenden aus Eritrea gilt dies als ausgesprochen schwierig.

Zweitens gibt es keinen Anlass, um sich mit den vollzogenen Wegweisungen zu brüsten. Noch immer weigern sich zu viele Staaten, darunter Algerien, Iran und Marokko, Bürger zwangsweise zurückzunehmen. Hier bleibt Bern gefordert. Drittens muss der Bund der Problematik der weggewiesenen Eritreer, deren Zahl zunimmt, endlich die gebührende Aufmerksamkeit schenken. Manche weigern sich, die Schweiz zu verlassen, und leben von Nothilfe. Andere tauchen ins Ausland ab. Greift sie ein Dublin-Staat auf, werden sie in die Schweiz zurückgeschickt.

Einfache politische Lösungen gibt es nicht. Ausschaffungen nach Eritrea dürften kaum möglich sein, solange in Asmara die gegenwärtige Führungsriege an der Macht ist. Eine generelle Legalisierung des Status würde den hiesigen Rechtsstaat ad absurdum führen – und jene belohnen, die Asyentscheide ostentativ ignorieren. Freiwillig kehren nur wenige zurück. Dass Weggewiesene jahrelang von Nothilfe leben, ist jedoch ebenfalls keine Perspektive.

Damit bleibt wohl in erster Linie der Weg, die Anreize für eine freiwillige Rückreise zu erhöhen. Eine spezielle Lehre für Heimkehrer wäre einen Versuch wert. Das Berufsschulprojekt in der eritreischen Hafenstadt Massawa, das der Bund unterstützt, könnte dafür als Basis dienen. Ein begrenztes Engagement, das an Bedingungen geknüpft ist, würde Sinn ergeben.

In begründeten Härtefällen sollte die Schweiz zudem über ihren Schatten springen – und Weggewiesenen zu einer Aufenthaltsbewilligung verhelfen. Zu hoffen, dass sich das Problem von selber löst, ist dagegen nicht zielführend. Vor allem nicht für ein Land, das sich gerne auf die humanitäre Tradition beruft, seit es 1871 in Les Verrières die Soldaten der Bourbaki-Armee aufgenommen hat.